



„Ausländische Mitbürger“ sind Bürger Ausländerinnen und Ausländer dürfen nicht länger als Sündenböcke mißbraucht werden

Schützen wir unser Land und seine Bewohner vor Demagogen und bedenkenlosen Wahlkämpfern.

Wir Unterzeichnerinnen und Unterzeichner sehen mit Sorge und Empörung, daß bedenkenlose Wahlkämpfer quer durch das politische Spektrum sich anreihen, den Bundestagswahlkampf 1993 auf dem Rücken der „ausländischen Mitbürger“ auszutragen. Nicht Hoyerwede und Roedel, Hüme, Salting, Lüdtke geloben es der Respekt vor den Opfern und die demokratische Selbstbestimmung, daß nicht erneut Menschen in diesem Lande gegeneinander aufgehetzt, nicht erneut Mitmenschen zu Sündenböcken gemacht werden.

Da gewährt in Sachsen-Anhalt eine Parteiparade mit „Deutsche zuerst“ Parolen auf Anhieb fast 13 Prozent, darunter rund ein Drittel der Wähler unter 30 Jahren. Da werden in Ostdeutschland vermehrt, national betriebene Zentren ausgerufen. Da spricht die CDU, eine Regierungspartei, ihr Wahlprogramm mit Slogans à la „Deutschland ist kein Einwanderungsland“, „jährlinge Ausländer verurteilen ihr Geschick und gehören abgeschoben“ oder mit der erneuten Debatte über die doppelte Staatsbürgerschaft. Selbst die Kandidatenslisten der beiden großen Parteien werden mit einschlägigen Äußerungen artet.

Auch in der ablaufenden Legislaturperiode haben die Parteien im Bundestag wiederum keine wirkliche Ablösung der Staatsangehörigkeitsrechte von 1913 (Ausreisegeld), kein Zuwanderungsrecht, keine befristende Einbürgerungsregelung zustande gebracht. Nicht einmal für die in

Deutschland geborenen Kinder von Zuwanderern. Nun spekulieren einige der Hauptverantwortlichen darauf, ausgerechnet die Folgen ihres „ausländerpolitischen“ Vergehens Instrumentalisieren zu können, um Wahlkämpfe zu gewinnen. Ihr Kalkül wird dadurch begünstigt, daß Millionen nicht „deutschstämmiger“ Bewohner dieses Landes auch 1993 zwar Steuern und Abgaben zahlen, aber nicht wählen dürfen.

Wahlkampf automatisch nicht zur Volksvertretung. Niemanden. Schützen wir unser Land, schützen wir unsere Landsleute, gleich welcher Abstammung, vor der Stimmungsmaße bedenkenloser Wahlkämpfer.

Die deutsche Politik darf sich nicht länger an der Wirklichkeit vorbeimogeln:

- Die Bundesrepublik ist ein Einwanderungsland. Seit Jahrzehnten.
- Zuwanderern, die seit genauer Zeit ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben, darf die deutsche Staatsbürgerschaft nicht verweigert werden.
- Straftaten sind unabhängig davon zu beurteilen, welcher Abstammung die Täter sind.
- Bürgerkriegsflüchtlinge, Asylbewerber, Fremde sind nicht vogelfrei. Die Achtung ihrer Menschenrechte verlangt keine Revision der deutschen Asylrechtspraxis.

Jede Kandidatin, jeder Kandidat muß sich der Frage stellen, was sie oder er konkret zur Herstellung gleicher Rechte für alle beitragen will, die Bürgerinnen dieses Landes sind oder es unter einem aufgeklärten Staatsbürgerschaftsrecht auch juristisch längst wären – gleich welcher Herkunft, Religion, Hautfarbe.

Nachdem wir es zu einem Schlußselbstentwurf der Bundestagswahl 1993, da der Bundestag in Berlin endlich nachholt, was er in Bonn hätte lange vor sich hergeschoben hat –

ohne freie, gleiche und solidarische Bürgerschaft erstickt die Republik.

Lale Akgün, Emar Alibeg, Hans Arnold, Detlef Bald, Ulrich Beck, Hanna Behrend, Manfred Behrend, Karin Beros-Oeverke, Karl Jürgen Betzack, Moha Brumlik, Hauke Brunhofs, Günter Burkhardt, Mane-Jeanne Calix, Manuel Campos, Hubert Canoik, Hildegard Canoik-Lendemes, Michael Daxner, Franz-Josef Degenhard, Barbara Dietrich, Irene Dölling, Helmut Dubel, Wolfram Ebner, Brigitte Erley, Herno Rakke, Inng Rebock, Hans-Jürgen Fiechtbeek, Andreas Fritsch, Markus Franz, Norbert Frie, Monika Fromme, Hajo Funke, Joachim Gasstok, Vera Gaselow, Günter Gaus, Ulrich Göttsche, Horst Grabert, Günter Grass, Michael Greffath, Martin Greffenhagen, Sylvia Greffenhagen, Norbert Grenschoer, Peter Grottel, Gesa Grünwald, Manon von Haaren, Jürgen Habermas, Bernd Harfeneger, Christoph Hein, Wilhelm Heimeyer, Detlef Hersche, Rudolf Hoyer, Lutz Hoffmann, Günter Hoffmann, Axel Honneth, Ellis Huber, Jörg Hufschmidt, Franz Isak Hundeseder, Ernst-Ulrich Huster, Hans-Gerd Jasohek, Inge Jens, Walter Jens, Maria Jepsen, Wolf-Dieter Just, Heiko Kauffmann, Sabine Kebir, Sahem Keffi, Karlheinz Koppe, Gudrun Körner, Walter Kreck, Erol Kiochehoff, Reinhard Kühnl, Ingrid Kurz-Scherf, Felicia Langes, Rolf Leeb, Claus Leggewie, Hanno Loewy, Wilfried Loth, Brigit Mähnel, Hans W. Maul, Ingeborg Maus, Ernst Meyer, Jürgen Moksch, Susanne Müller, Margarete Mischehoh, Margit Müng-Raue, Hans Myrmann, Till Müller-Heldberg, Herfried Münkler, Wolf-Dieter Nae, Klaus Naumann, Jan Nemblet, Bahman Nirumand, Dieter Oberndorfer, Aydan Özgür, Claus Offe, Ute Osterkamp, Ulrich K. Preuß, Karin Prestel, Frank-Ralf Radtke, Joachim Raschke, Michael Radtke, Stefan Renschoe, Edoard Reutek, Horst-Berhard Rohrer, Rainer Rilling, Helmut Ritscheg, Julia Rottsch, Gernot Rötze, Irene Runge, Ralfk Scham, Karen Soförwäldke, Julius H. Schoeps, Friedrich Schorlemmer, Eberhard Seidel-Peter, Jürgen Seifert, Wolfgang Seifert, Dieter Senghaas, Eva Senghaas-Knoth, Dorothee Söllke, Ilse Staff, Eva Maria Stange, Gerhard Stuby, Dietrich Thranhardt, Marc Veit, Klaus Wapenbach, Bernd Wägrete, Alena Wägreteová, Norbert Walter, Uwe Wesel, Charibte Wedemmann, Rosemarie Witt, Dieter Würde, Gerda Zelenin, Wolfgang Zellme, Karl-Georg Zinn

Diese Aktion der „Bücher-Reaktion X. und XI. Oktober“ ist deutsche und internationale Politik (Politik S. 1, 1993) Bonn – Post 225/8982 3 7, email: bucher@t-online.de. Für die Finanzierung dieser Initiative stellen wir uns dankend zu Diensten der Gesellschaft für Förderung politisch-wissenschaftlicher Publikation und demokratischer Initiativen e.V., Postfach 222181 1 1 11, Köln 221 11 1111 „Schwarz-Druckliche Erinnerung“.